

*Janis Ehling*

## **Liberalisierung und rechte Gegenreaktion – ein schwieriges Terrain für die Linke**

Die vergangenen Jahre waren unter anderem politisch geprägt von zwei gegensätzlichen Tendenzen, vom Aufstieg der Grünen und dem der AfD. Dieser Gegensatz dominierte auch die politische Berichterstattung. Das hat scheinbar zu einer Krise der gesellschaftlichen und politischen Linken und einer Mobilisierung und Verfestigung der extremen Rechten rechts von den Unionsparteien geführt. Der progressive Neoliberalismus (Fraser 2017) hat auch jetzt weiterhin großen Einfluss, aber innerhalb des herrschenden Blocks haben die Widersprüche schon seit Längerem, und verstärkt unter dem Einfluss der Corona-Krise, zugenommen. Nach der wirtschaftsliberalen Wende der früheren Jahrzehnte folgte in den 2010ern ein zweiter widersprüchlicher gesellschaftlich-kultureller Liberalisierungsschub, der – soweit im Vorfeld der Bundestagswahl ersichtlich – eine erneute CDU-Kanzlerschaft vorbereitet. Angela Merkel – Symbolfigur des progressiven Neoliberalismus – tritt zwar nicht mehr an, ihre politische Linie dürfte aber fortbestehen – allerdings mit wichtigen Modifikationen, die sich in Ansätzen auch jetzt schon abzeichnen. Die Krise der Linken muss ebenso wie die Formierung der AfD in diesem Kontext betrachtet werden.

## **Liberalisierung der Volksparteien, Pluralisierung und Versöhnung des Bürgertums nach '68**

Der politisch jahrzehntelang prägende Gegensatz zwischen CDU und SPD ist spätestens während der Kanzlerinnenschaft von Angela Merkel auf vielen Politikfeldern verschwunden. Die BRD erlebte im letzten Jahrzehnt einen weiteren politischen Liberalisierungsschub. Mit der Anpassung der beiden großen Volksparteien an den Progressiven Neoliberalismus in den 1990er und 2000er Jahren entstand ein neuer herrschender Mitte-Block unter Einbeziehung von FDP und Grünen. Während die SPD unter Schröder wirtschaftsliberaler und teils offen neoliberal wurde, liberalisierte sich die CDU unter Merkel in ihrer Mehrheitsströmung gesellschaftspolitisch. Sichtbarer Ausdruck dieses neoliberalen Blocks ist ein politisches Dauerbündnis von CDU und SPD auf Landes- und Bundesebene – mal ergänzt durch die Grünen, mal durch die FDP. Spätestens die 2010er Jahre zeigen die Folgen dieser Politik für das Parteiensystem und insbesondere für die vormaligen Volksparteien CDU und SPD. Langfristig kostete diese Politik beide Parteien einen Teil ihrer Stammwählerschaft. Wichtiger noch: Indem sie sich in diesem neoliberalen Bündnis als wahre parlamentarische Repräsentanten der „Mitte“ definierten, vergrößerten sie den Raum für linke und rechte Positionen. In der Folge hat sich in der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt ein Sechs-Parteiensystem entwickelt, in dem die „Mitte“-Parteien, abgesehen von LINKE und AfD, scheinbar beliebig miteinander koalieren können.

Mit dem Ende der Kanzlerschaft von Angela Merkel bleibt der Mitte-Block politisch tonangebend. Merkel geht, aber das Modell der liberalisierten CDU wird mit sehr großer Wahrscheinlichkeit an der Regierung bleiben. Mit Friedrich Merz oder einem CSU-Kanzlerkandidaten hätte eine eher autoritäre und stärker wirtschaftsliberale Alternative zur Verfügung gestanden. Die CDU entschied sich, wenn auch knapp, aber dafür, das politisch eher demobilisierende „liberale Modell Merkel“ fortzusetzen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Großen Koalitionen der letzten beiden Jahrzehnte vor allem zu Lasten des vormaligen Dauerkontrahenten, der SPD, gingen. Mit ihrer Liberalisierung (im Sinne einer wirtschaftspolitischen Neoliberalisierung) und dem Verlust breiter Schichten der arbeitenden Klassen verlor die SPD ihr politisches Alleinstellungsmerkmal. Nachdem DIE LINKE die SPD in den 2000er Jahren von links herausforderte, werben die Grünen offen um die bürgerlichen Teile der SPD-Wählerschaft. Be feuert wurden das durch ein Jahrzehnt der Naturkatastrophen (Atomwirtschaft, Klima, Öko-Krise).

Die 2010er Jahre endeten wie sie anfangen – mit einer Dominanz ökologischer Themen. Zur Erinnerung: Anfang der 2010er Jahre brachte die Katastrophe von Fukushima den Grünen erstmals einen Ministerpräsidenten. Seitdem regieren sie in bis zu 13 Bundesländern in unterschiedlichen Konstellationen mit. Über den Bundesrat können sie den Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene seit längerem mitbestimmen. Eine mögliche schwarz-grüne Regierung wäre damit alles andere als überraschend. Eine schwarz-grüne Regierung wäre eine Koalition des progressiv-(neo-)liberalen mit dem konservativen Teil des Bürgertums – so jedenfalls die Sinus-Studie von Bertelsmann (vgl. Vehrkamp/Wegschaidter 2017: 13ff). Oder wie es Stefan Reinecke in der taz salopp formulierte: „Schwarz-Grün wäre als Symbol die finale Beglaubigung der intergenerationellen Selbstversöhnung des deutschen Bürgertums – der Post-68er und der Protestgeneration mit den Enkeln von Adenauer und Kohl.“ (Reinecke 2020) Des verbürgerlichten Teils der 68er, möchte man hinzufügen.

## **Progressiver Neoliberalismus zwischen Klassenkompromiss und autoritärer Staatlichkeit**

Der herrschende neoliberale Block setzt, anders als noch in den 2000ern, weniger auf radikale wirtschaftsliberale Politik. Gestützt durch eine dank massiver staatlicher Interventionen relativ stabile Konjunktur 2009-2018 bestand keine Notwendigkeit zu größerer Umverteilung. Die Erhöhung der Immobilienpreise und Aktienkurse ließ die großen Vermögen ohnehin massiv ansteigen. Insbesondere die SPD und die Grünen wendeten sich teilweise von einer offen neoliberalen Politik ab – wohl gemerkt nach Jahren der Deindustrialisierung Ost, nach Lohnsenkungen und Hartz IV-Politik. In der Großen Koalition setzte die SPD in den letzten Jahren sogar einige soziale Verbesserungen durch, wie die Einführung des Mindestlohns und leichte Verbesserungen bei den Renten. Flankiert wurde das durch einen Anstieg der Lohnquote. Insofern gab es hier in Teilen eine Erneuerung des Klassenkompromisses in der Großen Koalition.

Gleichzeitig blieben sämtliche Parteien des herrschenden Blocks bei einer Politik der Verrechtlichung und Institutionalisierung des Neoliberalismus – sowohl national als auch international. Auf internationaler Ebene setzte sich die deutsche Bundesregierung – egal in welcher Konstellation – für Austeritätspolitik und das Abstrafen unliebsamer Regierungen ein. Griechenland ist hier nur das bekannteste Beispiel. National wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz ebenso festgeschrieben wie die Möglichkeit der Privatisierung der Autobahnen. Die neoliberale Politik sollte so auch für die Zukunft als „alternativlos“ dargestellt werden. Gleichzeitig verfestigte sich dadurch ein gewaltiges Investitionsdefizit im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Größere öffentliche Investitionen sind mittlerweile unumgänglich, nur ist die Finanzierung bislang ungeklärt. Und staatliche Interventionen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sind längst unvermeidlich geworden, ungeachtet aller neoliberalen Ideologie. Unstrittig ist lediglich eine partielle Abkehr vom Neoliberalismus in den wissenschaftlichen Diskussionen (vgl. Watkins 2021: 4f).

Inwiefern diese Entwicklungen die Coronakrise überdauern, bleibt abzuwarten. Die verhältnismäßige soziale und politische Konfliktafmut im Feld von Kapital und Arbeit der 2010er Jahre ist durch die vergleichsweise gute finanzielle Situation der öffentlichen Hand zu erklären. Entstanden politische Konflikte wie um Fridays for Future oder die Berliner Mietenbewegung, wurden kleinere Reformprogramme wie das Klimaschutzprogramm oder die Mietpreisbremse aufgelegt und finanziert. Diese waren zwar – gemessen am Ausmaß der Probleme – keinesfalls ausreichend, konnten das Konfliktpotenzial aber zumindest teilweise beruhigen.

## **Gesellschaftliche Liberalisierung und Versicherheitlichung**

Einen eindeutigen Liberalisierungsschub gab es auf jeden Fall gesellschaftspolitisch und diskursiv. Befeuert von den neuen sozialen Medien und hier insbesondere Twitter haben Emanzipationsbewegungen gegen verschiedene Diskriminierungen einen deutlichen Aufschwung erfahren. Vormalig marginale, eher linke oder linksradikale Forderungen nach Antidiskriminierung, rechtlicher, politischer, sprachlicher und sozialer Gleichstellung und Anerkennung haben, vermittelt über die neuen Medien und Proteste wie #Metoo, #unteilbar und #BlackLivesMatter, eine deutlich größere Aufmerksamkeit gewonnen. Vergleichbare Tendenzen gewannen Einfluss in den Medien und z.T. auch in staatlicher Verlautbarungspolitik.

Das durch die vielfältigen Krisen, den Investitionsstau und vor allem die Formierung der Rechten in Frage gestellte Fortschrittsversprechen des Liberalismus sollte so wieder mit Inhalt gefüllt werden. Die Integration der Künstlerkritik, wie es Boltanski und Chiapello in Bezug auf die 68er formulierten, erhielt so eine neue Dynamik. Die Emanzipationsbewegungen sind im Mainstream liberal transformiert und kreisen vor allem um Anerkennung, Repräsentation und Sprache. Ähnlich wie nach 68 werden sie aber ihrer Sozialkritik beraubt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 254ff.). Nancy Fraser spricht in diesem Zusammenhang von „Progressivem Neoliberalismus“, einem Bündnis von Neoliberalismus

und progressiven Bewegungen, kurzum von einer „verkürzten Emanzipationsbewegung“ (vgl. Fraser 2017: 72f.). Doch ist das von Fraser zu kurz gedacht, denn tatsächlich sind die vormaligen linken Forderungen schlicht liberal entschärft worden. Wichtigen Emanzipationsfortschritten wie dem Kampf gegen sexuelle Übergriffe im Rahmen der #MeToo-Bewegung steht Pinkwashing kapitalistischer und staatlicher Akteure gegenüber, das über bloße Symbolik kaum hinausgeht.

Diese neue liberale Politik hat innerhalb der Linken eine größere Kontroverse um sogenannte „Identitätspolitik“ ausgelöst. In der Folge von Donald Trumps Wahlsieg machte der Publizist Mark Lilla die linksliberale „Identitätspolitik“ für die Schwäche der Linken verantwortlich. Dabei vermischte er eher linke mit liberalen Anliegen begrifflich bis zur Unkenntlichkeit. Die richtige Kritik an der fehlenden klassenpolitischen Dimension vieler Emanzipationskämpfe amalgamierte Lilla zu einer Kritik an Emanzipationsbewegungen wie u.a. BlackLivesMatter generell. Sahara Wagenknecht übernimmt diese Stoßrichtung und stellt sich gegen Bewegungen wie #unteilbar. Diese begriffliche Verwirrung von liberaler und linker Politik macht es der Linken umso schwerer, in den stärkeren kulturellen Auseinandersetzungen der letzten Jahre zwischen gesellschaftlicher Liberalisierung und rechter Gegenbewegung sichtbar zu werden.

Die gesellschaftliche Liberalisierung wurde jedoch kontrastiert durch eine Versicherheitlichung staatlicher Politik. Die Parteien des herrschenden Blocks der Mitte setzten, getrieben von CDU und SPD, eine Verschärfung der Polizeigesetze im Inneren und die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse der Geheimdienste durch. Vor allem für Demonstrationen wurden die Rechte der Demonstrierenden deutlich beschränkt zugunsten polizeilicher Durchgriffsrechte. Insbesondere sind hier „Gummiparagrafen“ geschaffen oder erweitert worden, die die vormaligen Schutzgesetze für Demonstrierende in Schutzgesetze für die Polizei verwandelten. Die Apparate der Repression und Überwachung nach innen wurden ausgebaut: Das war allerdings auch Gegenstand heftiger Konflikte und Proteste. Dieser Versicherheitlichung im Inneren entspricht die Militarisierung und Aufrüstung nach außen. Auch Frontex wurde aufgerüstet, um die EU-Grenzen vor MigrantInnen zu „schützen“. Die Behinderung der Seenotrettung Ertrinkender an den EU-Grenzen wurde bereits unmittelbar vor den großen Fluchtbewegungen 2015 vom damaligen deutschen Innenminister de Maizière durchgesetzt.

## **Gewerkschaften, soziale Bewegungen und weiter entkoppelte Arbeiterschaft**

Im Zuge der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie und der Schwächung der Gewerkschaften entkoppelten sich Teile der Lohnabhängigen vom parlamentarischen System und insbesondere der SPD. Die gesunkene Wahlbeteiligung, fallende Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind ebenso ein Ausdruck davon wie die wahlpolitische Abkehr der Lohnabhängigen und Erwerbslosen von der SPD. 2009 sank die Wahlbeteiligung auf einen Tiefstwert. Die Nichtwähler wurden zur zweitstärksten Partei. In Deutschland setzt sich dieses Nichtwählerlager überproportional aus Menschen mit niedrigen

Bildungsabschlüssen zusammen. Erst mit der Gründung der AfD wurde die Abwärtsspirale sinkender Wahlbeteiligungen durchbrochen, vor allem bei den Lohnabhängigen mit mittlerer Reife und vergleichbaren Abschlüssen (vgl. Vehrkamp/Wegschaidter 2017: 10f.). Einerseits liegt das an der Repräsentationslücke genuin rechter Weltanschauungen, andererseits an der verstärkten „Proletarisierung rechter Wählerstimmen“ (Dörre 2020: 15ff.). In zunehmendem Maße gelingt es der politischen Rechten, Arbeiterstimmen zu gewinnen. Zwar wählt immer noch die große Mehrheit der lohnabhängigen Beschäftigten links der Mitte (vgl. ebd). Doch ist die AfD nunmehr zur stärksten Partei unter den ArbeiterInnen in einigen Regionen geworden. Das ist allerdings inzwischen eine zahlenmäßig kleinere Gruppe. Sie gewann diese vor allem von der CDU wie etwa in Baden-Württemberg,<sup>1</sup> aber vor allem aus dem Nichtwählerlager. Zumindest ein Teil der Lohnabhängigenklasse widersetzt sich aktiv der gesellschaftlichen Liberalisierung, hat z.B. Vorbehalte gegen Migration o.ä. Das trifft insbesondere auf männliche Beschäftigte zu, deren Wahlverhalten sehr deutlich stärker der AfD zuneigt als bei den weiblichen Beschäftigten. Diese Diskrepanz ist bei den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten beachtlich.

Neben der verstärkten Wählermobilisierung war ebenso eine Zunahme sozialer Bewegungen und betrieblicher Auseinandersetzungen zu beobachten. Die betrieblichen Kämpfe waren überwiegend Abwehrkämpfe, zwar in Kernbereichen der kapitalistischen Gesellschaft, aber eben defensiv und selten politisch verdichtet (Dörre 2020: 24). Die sozialen Bewegungen konzentrierten sich im letzten Jahrzehnt auf ökologische Anliegen, Menschenrechte von Geflüchteten, Mobilisierungen gegen Rechts, Wohnen sowie verschiedene emanzipatorische Anliegen. Zwischen den betrieblichen Kämpfen und den sozialen Bewegungen gab es wenig wechselseitige Resonanz (Leisewitz/Reusch/Wiegel/Zander 2019: 89-97).

Immerhin sind die Mitgliederverluste der DGB-Gewerkschaften insgesamt in den 2010er Jahren abgestoppt worden. Allerdings ist das Bild hier keineswegs einheitlich. Die IG Metall und die GEW konnten sogar Mitgliedergewinne verzeichnen. Ver.di hingegen hat weiter mit strukturellen Problemen zu kämpfen und dürfte auch aufgrund der überalterten Mitgliedschaft weiter Mitglieder verlieren. Politisch haben die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt eher zurückhaltend agiert. Das hat nicht eben zur Politisierung der Lohnabhängigen beigetragen, wenngleich Gewerkschaftsmitglieder unter den NichtwählerInnen unterrepräsentiert sind (vgl. Küpper 2017: 23f.). Für die Gewerkschaften ist schwarz-grün ein großes Risiko, weil ihnen hier mit der SPD die gewohnten Ansprechpartner fehlen. Inwieweit die Grünen gewerkschaftliche Anliegen aufnehmen, bleibt abzuwarten.

Die Auflösung (linker) sozialer und politischer Kontexte macht sich hier besonders bemerkbar (vgl. Althoff 2020: 157). Die heute älteren Aktiven sind in den (verschwundenen) linken Arbeitermilieus der Städte und Betriebe und vor allem der großen Welle der Arbeiterproteste in den 1970er und 1980er Jahren politisiert

---

<sup>1</sup> Bei der Landtagswahl 2000 holte die CDU noch 50 Prozent der Arbeiterstimmen. 2021 waren es noch 20 Prozent dieser Stimmen, 27 Prozent der ArbeiterInnen wählten AfD (vgl. Kahrs 2021: 21).

worden (vgl. Raphael 2019: 458ff.). Mit dem Schwinden der Belegschaften und Interessenvertretungen von politisch bewussten Betrieben und den linken Arbeitermilieus in den alten Industrieregionen und -Zentren ging spätestens in den 2010er Jahren ein erheblicher Teil der in den 1970/1980er Jahren bei Jusos, DKP oder in den Gewerkschaften von IG Druck und Papier bis zur IG Metall politisch sozialisierten Linken in Rente. Dieser Schwund an organischen Intellektuellen und organisierenden Kräften kann, unter weit ungünstigeren Formierungsbedingungen heute, unmöglich durch die neu politisierten Jüngeren wettgemacht werden.

## **Opposition von rechts, aber kein Rechtsruck**

Die neue neoliberale Hegemonie etablierte sich in den Volksparteien auf Kosten der traditionellen Weltanschauungen dieser Parteien. In den 2000er Jahren zahlte die SPD den Preis ihrer Politik mit der Gründung der WASG und in der Folge der LINKEN. In den 2010er Jahren hingegen etablierte sich mit der AfD erstmals dauerhaft erfolgreich eine Partei rechts der Union. Die Union unter Merkel erweiterte ihr Wählerspektrum in liberale Milieus und die lohnabhängigen Mittelschichten der Städte. Damit entstand rechts von CDU/CSU eine Repräsentationslücke. Die AfD konnte von der CDU/CSU sowie einer sehr starken Nichtwählermobilisierung profitieren (vgl. Martin 2019: 269). In der Eurokrise und den großen Fluchtbewegungen 2015 setzte sich die AfD an die Spitze des nationalistischen und rechten Protests. Für die CDU ist diese Konkurrenz eine erhebliche Herausforderung. Europaweit verlieren damit die klassisch-konservativen Parteien ihre gewohnte Vormachtstellung, die sie noch in den Zwei- oder Drei-Parteiensystemen innehatten, denn nunmehr haben sie von liberaler und rechter Seite Konkurrenz und müssen dazwischen lavieren.

In der Gesamtschau muss die Etablierung der AfD im Kontext der gesellschaftlichen „Liberalisierung der CDU“ betrachtet werden. Die 2010er Jahre waren gesamtgesellschaftlich nicht durch einen Rechtsruck gekennzeichnet. Die AfD formierte lediglich die ohnehin konservativ bis extrem rechtsradikal denkenden Teile der Bevölkerung. Von den linken Parteien konnten sie kaum Stimmen gewinnen. Es handelt sich eher um eine Verschiebung innerhalb des konservativen Teils der Bevölkerung; die AfD profitierte kaum von Wählerwanderungen linker Parteien (vgl. Häusermann/Kitschelt et al. 2021). Rechtsradikales Gedankengut und rechte Gewalt waren auch schon in früheren Jahrzehnten konstanter Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Das haben sowohl die Bielefelder Autoritarismusstudien (Heitmeyer 2018: 117ff.) als auch die Mittelstudien gezeigt (Biskamp 2021: 34ff.). Allerdings etablierten sie sich nun in neuen, aggressiven Formen und auch dauerhaft auf der parlamentarischen Ebene. Neben Gewinnen in den Milieus der „traditional-etablierten“ und starken Gewinnen in der „bürgerlichen Mitte“ schnitt die AfD vor allem bei den sozial Prekären und in vormaligen Nichtwählerlagern stark ab (vgl. Vehrkamp/Wegschaidt 2017: 10ff.). Dass die AfD unter ErstwählerInnen mit 21 Prozent bei der jüngsten Wahl in Sachsen-Anhalt zur stärksten Kraft wurde, ist besorgniserregend, aber nicht neu. 1998 wählten 30 Prozent der jungen Männer hier die rechtsradikale DVU.

Die Entstehung der AfD ist bislang eher eine Reaktion auf den politischen Liberalisierungsschub der Gesellschaft – bedingt durch die Stärkung der wirtschaftsliberalen Ellenbogenmentalität wie die verstärkte neoliberale (symbolische) Antidiskriminierungs- und Anerkennungspolitik (vgl. Biskamp 2021: 43ff.; Küpper: 2017: 22). Der bisher ausbleibende Anstieg rechtsradikalen Einflusses in der Gesellschaft muss kein Dauerzustand bleiben. Die Formierung der Rechten kann über die Zunahme an Ressourcen, über Parteiapparate und Stiftungen selbst zum Einflussfaktor werden. Größer noch ist allerdings die Gefahr, dass CDU, FDP und Teile des Bürgertums und des Staates mittelfristig offener zu einer rechtsautoritären Politik über- und vom politischen Liberalismus abgehen. Mögliche Bündnisse zwischen CDU, FDP und AfD sind keineswegs ausgeschlossen, wie die Annäherung dieser Parteien nicht nur in ostdeutschen Landtagen und Kommunen bereits vielfach zeigt.

### **Krise der Linken und falsche Hoffnungen auf die Grünen**

SPD und LINKE holten zusammen die schwächsten Ergebnisse des letzten Jahrhunderts und kamen bei den Bundestagswahlen 2017 auf kaum noch 30 Prozent. Die Prognosen für 2021 sehen noch schlechter aus. Hauptsächlich profitieren von dieser Entwicklung die Grünen. Das ist insofern überraschend, als die Grünen erstmals keine nach linkem und rechtem Flügel quотиerte Parteispitze haben. Sowohl Habeck als auch Baerbock kommen vom rechten Parteiflügel. Der Aufschwung ökologischer Bewegungen nach Fukushima 2012 und die mediale Präsenz des Themas Klimakrise im Zusammenhang mit Fridays for Future verschaffte den Grünen Rückenwind. Zudem gelten sie mittlerweile als Hauptgegner der AfD, was ihnen insbesondere bei den Jüngeren nützt.

Die Mitgliederzahlen der Grünen haben sich in nur fünf Jahren von 2016 bis 2021 auf 117.000 verdoppelt. Die Grünen sind als Partei eher nach rechts gerutscht. Im Gegensatz dazu ist ihr Profil in sozialpolitischen Fragen aber relativ links, allerdings mit Einschränkungen und zunehmend auch mit Öffnungen für marktwirtschaftliche Konzepte. Im letzten Jahr trafen sich Robert Habeck und Annalena Baerbock mit sämtlichen Industriespitzen und Arbeitgeberverbänden und inszenierten das auch öffentlichkeitswirksam. Die Botschaft sollte sein: Die Wirtschaftsverbände brauchen keine Angst vor einer grünen Regierung zu haben. Ins gleiche Horn blies Annalena Baerbock bei der Atlantikbrücke. Die Grünen sprachen sich gleichfalls für Drohnen und Aufrüstung aus.

Zudem akademisierte sich die grüne Mitgliedschaft in den letzten Jahren noch weiter und erreichte 2017 mit einem AkademikerInnenanteil von 74 Prozent einen neuen Höchststand. Gleichzeitig konnten die Grünen in Bundesländern mit viel Industrie bei Wahlen stärker als SPD und LINKE die FacharbeiterInnen erreichen, so etwa in Baden-Württemberg, wo sie auf fast doppelt so hohe Werte wie die beiden eigentlichen „Arbeiterparteien“ kamen. Zugleich sind die Grünen zuletzt in ihren vormaligen Hochburgen der Großstädte wie zum Beispiel in Freiburg etwas schwächer geworden. Ihre neue Stärke erklärt sich vielmehr durch starke Ergebnisse in den Mittel- und vor allem – neuerdings – auch den

Kleinstädten. Dazu gelang ihnen erstmals der Sprung in ostdeutsche Großstädte. Zwar ist das Stadt-Land-Gefälle für sie immer noch so stark wie sonst nur bei der AfD. Nichtsdestotrotz gelang den Grünen in den letzten Jahren die Expansion in kleinstädtisch geprägte Räume – allerdings nicht im Osten. Der von manchen Medien ausgerufenen Zweikampf ist spätestens seit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai perdu, wo sie nur knapp über die 5 Prozent-Hürde kamen. Hier erzielten die Grünen zwar Rekordergebnisse in den beiden Großstädten, schafften aber nur niedrige einstellige Ergebnisse im ländlichen Raum.

Die Entwicklung der Grünen ist damit einerseits von einer weiteren Verbürgerlichung der Mitglieder und Politik in den Landesregierungen geprägt. Andererseits projizieren sich die Hoffnungen progressiver Lohnabhängiger sowie vieler zivilgesellschaftlicher Bewegungen sowie der Jüngeren ganz auf die Grünen. In einer schwarz-grünen Regierung ist zwar eine Modernisierung der Industrie zu erwarten, allerdings auf Kosten der Belegschaften, finanziert durch Gebühren- und Steuererhöhungen für die Mehrheit.

Unterdes wirkt die Sozialdemokratie politisch erschöpft. Die Agenda 2010-Politik hat Teile der Lohnabhängigen-Wählerschaft nachhaltig von der Sozialdemokratie entfremdet. Weiterhin verliert die SPD kontinuierlich Mitglieder und – was für die Staatspartei SPD noch fast gravierender ist – in einigen Bundesländern verlor sie ihre dominante Rolle im linken bis linksliberalen Spektrum. Mit den Wahlerfolgen von Winfried Kretschmann und Bodo Ramelow verlor sie ihr Alleinstellungsmerkmal als zentrale linke parteipolitische Alternative zur CDU. Dazu beigetragen haben jahrelange Große Koalitionen und eine inhaltliche Auszehrung. Trotzdem bleibt sie vorerst die mitgliederstärkste Partei im Land.

Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, dass die SPD bei den Wahlen vor den Grünen landet. Im letzten Jahrzehnt verlor die Sozialdemokratie vor allem in den Mittelschichten an die Grünen (vgl. Häusermann/Kitschelt et al. 2021: 2). Um diese eher hoch gebildeten Teile der Bevölkerung konkurrieren beide Parteien. Die gesellschaftlich breit wahrgenommene Wahl von Norbert Borjans und Saskia Esken ist die erste Linksverschiebung der SPD an der Spitze seit der Wahl Lafontaines in den 1990ern. Sie löste einige Hoffnung aus. Mit der Wahl von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten wurde diese Hoffnung zwar sofort im Keim erstickt. Die bräsig Null-Aussagen-Politik von Olaf Scholz könnte gegenüber den Fehlern von Laschet und Baerbock trotz seiner Verwicklung in den CumEx-Skandal ziehen.

Das Duo Borjans/Esken wurde von den Basismitgliedern in die Ämter gewählt, aber mit erheblichem Gegenwind sowohl aus der SPD-Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand als auch aus dem Willy-Brandt-Haus. Eine Erneuerung der SPD ist daher vorerst nicht zu erwarten. Die leichte Abkehr von der offen neoliberalen Reformpolitik zu vereinzelt Sozialreformen in der Großen Koalition macht noch keine Erneuerung. Zwar gab es im letzten Jahrzehnt wieder eine stärkere Orientierung der Gewerkschaftsspitzen an der SPD, dem entspricht aber keine verstärkte gewerkschaftliche Verankerung der Partei – im Gegenteil, der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ist in der SPD weiter stark rückläufig, was sich umgekehrt auch an der abnehmenden Rekrutierung von SPD-Mitgliedern

aus den Gewerkschaften zeigt (Behrens/Jacobi 2017; Ehling 2020: 105). Die SPD wird dadurch noch stärker zur Partei des Öffentlichen Dienstes. In den Konflikten um gesellschaftliche Liberalisierung ist die SPD-Wählerschaft in vielen Fragen zerrissen – insbesondere jenen um Migration und Sicherheit (vgl. Gagné/Hilmer 2019: 41ff.).

Von einer ähnlichen Entwicklung ist DIE LINKE betroffen. Das liegt auch an den Umbrüchen der letzten Jahre. DIE LINKE ist eine Partei der Jungen und der Rentner (vor allem im Osten). In ihrem vormaligen Kernland, den neuen Bundesländern, stirbt die Partei in der Fläche buchstäblich aus. Die alte tragende Generation vormaliger SED-Mitglieder ist mittlerweile deutlich über 70. Die Verankerung in den Vereinen und vor Ort fällt damit weg. Die schmale Funktionärgeneration im Osten kann (und will teilweise) diese Entwicklung nicht aufhalten. Im Westen stellt sich das Problem anders. Die politisch z.T. hoch gebildeten linken Kader der Gewerkschaften, politischen Bewegungen und größeren und kleinsten linken Parteien haben in den 2010er Jahren das Rentenalter erreicht. Im Westen wird diese Entwicklung durch eine verstärkte Rekrutierung jüngerer, aktivistisch und akademisch geprägter und/oder in Sozialberufen Beschäftigter aufgefangen. Dieser Umbruch in der Mitgliedschaft verläuft keineswegs reibungslos. Großen Einfluss haben hier die politischen Bewegungen der letzten Jahre von unteilbar, Seebücke bis Fridays for Future. Diese neue politisierte Generation kennt in ihrer Breite keine prägenden Großorganisationen und davon ausgehende weltanschaulich orientierte Organisationen. Entsprechend diffus sind dort die politischen Vorstellungen. Während diese Aktiven 2015-2017 vor allem auf DIE LINKE orientierten, richten sich ihre Hoffnungen seit 2017 eher auf die Grünen.

Diese Konflikte rein sozial zu deuten wie etwa Piketty, der diese Prozesse als „Brahmanisierung der Linken“ beschreibt, geht jedoch fehl (vgl. Piketty 2019: 901ff. und kritisch dazu Therborn 2021: 5ff.). Mittlerweile ist DIE LINKE die einzige linke Partei, die noch nennenswert Beschäftigte, Prekäre und Erwerbslose anspricht (vgl. Vehrkamp/ Wegschaidt 2017: 23). Viel eher sind die derzeitigen Probleme der Linken durch die schwierige Positionierung zwischen Liberalisierung und rechter Gegenreaktion zu erklären – zumindest in Deutschland. Das liegt nicht zuletzt an der Rolle der liberalen Medien. Die Fokussierung der liberalen Medien auf die AfD führte in Teilen zu einer Entdämonisierung der LINKEN in der Berichterstattung. Das Ergebnis ist widersprüchlich. Einerseits wird sie weniger scharf medial ausgegrenzt, andererseits verlor sie dadurch einen Teil der medialen Aufmerksamkeit und ihren Proteststatus bei vielen Wählerinnen und Wählern.

Eine solche politische Konjunktur ist schwierig für eine Partei, die in vielen Orten vorrangig Parlamentspartei ist. Sie ist in der Arbeitswelt und den Betrieben zu wenig präsent, weil sie abgesehen von einigen sehr aktiven GewerkschaftlerInnen keine Betriebspolitik macht. Für die Protestwähler im Osten konnten sie zudem kaum Zählbares liefern.

Neben der Frage der Sichtbarkeit in diesen Konflikten stellen sich mit dem Ende des aggressiv neoliberalen Kurses der Herrschenden für DIE LINKE im letzten Jahrzehnt verstärkt strategische Fragen. Diese Herausforderungen werden von

den jeweiligen Lagern in der Partei unterschiedlich und teils antagonistisch beantwortet. Drei Richtungen ringen miteinander:

1. Reformlager: Dieses Lager versucht über rot-rot-grüne Bündnisse Reformen umzusetzen. In der Partei ist dieses Lager gestärkt worden durch die Erfolge der Berliner R2G-Regierung und den Zulauf an Jüngeren, für die die teils neoliberalen Regierungsbeteiligungen der 1990er Jahre kein Thema mehr sind. Mit abnehmendem finanziellen Verteilungsspielraum in den Ländern steht diese Regierungslinke vor großen Herausforderungen.

2. Wagenknechtlager: In den kulturellen Auseinandersetzungen liberal vs. rechts versucht sich Sahra Wagenknecht quer zu positionieren. Sie will mit einem „linkskonservativen“ Kurs zugleich kulturell gegen den liberalen Mainstream und sozialpolitisch gegen die Rechte agieren. Dazu möchte sie eine linksnationale Politik, die auf traditionelle Werte und die Nation setzt und offensiv Zuwanderung problematisiert.

3. Bewegungslinke: Die neue Strömung speist sich größtenteils aus Jüngeren, die in Gewerkschaften und Bewegungen aktiv sind. Sie wollen vor allem über außerparlamentarische Aktivitäten gesellschaftlichen Druck entfalten. Nicht die Parlamente, sondern die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse werden hier überwiegend für entscheidend gehalten.

Es steht bis auf weiteres nicht zu erwarten, dass sich eine dieser Gruppen in der Partei mit ihrem strategischen Ansatz durchsetzen wird. Die im engeren Sinne marxistische Linke in Ost und West wird durch die Überalterung zunehmend geschwächt; die nachwachsende marxistische Linke ist zumeist eher linksradikal orientiert und in der Partei weitgehend marginalisiert. Die Regierungslinke hat dagegen Auftrieb bekommen und den erweiterten finanziellen Handlungsrahmen des letzten Jahrzehnts erstmals auch besser ausgeschöpft.

Dadurch konnte der politische Handlungsspielraum in den linken Regierungen besser ausgeschöpft werden. In Berlin hat DIE LINKE mit dem Mietendeckel und der Unterstützung von „Deutsche Wohnen enteignen“ erstmals auch in einer Regierung konfliktorientiert agiert. Fraglich bleibt, ob sie diesen Kurs in Berlin mit der zur SPD-Rechten gehörenden Bürgermeisterin Giffey und einer weitaus schlechteren Finanzlage halten können wird. Andere Regierungen wie in Thüringen sind, abgesehen von der klaren Anti-Rechts-Funktion, nicht weiter aufgefallen. Im bloßen Mitregieren und weiterer Verstaatlichung kann keine Antwort für DIE LINKE liegen. Im Osten geraten Mitte-Links-Mehrheiten zusehends in weite Ferne, im Westen hat DIE LINKE als Oppositionspartei ohnehin andere Aufgaben.

## **Ausblick**

Die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Corona-Krise sind bislang unklar. Je nachdem wie die neue Regierung zusammengesetzt ist, ergeben sich verschiedene Optionen. Denkbar ist eine offensive Wiederkehr neoliberaler Rezepte. Sicher wird es – wie bisher schon erkennbar – zu einem stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Staatsinterventionismus kommen, schon allein um den

oben genannten Investitionsstau und die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Das kann mit gewissen sozialen Zugeständnissen verbunden sein, es kann aber auch in die gegenteilige Richtung gehen. Das verstärkte Trommeln der Wirtschaftsverbände vor der Wahl – z.B. für eine Rente mit 68 – kann ein Anzeichen dafür sein. Unklar ist auch, wie die Krisenkosten des gewaltigen Wirtschaftseinbruchs und der Konjunkturprogramme bezahlt werden. Vor der Wahl scheint der Konflikt darum von liberaler Seite kaltgestellt. Doch die leeren Kassen in den Kommunen und Länder sind bereits sichtbar.

Unklar ist auch, auf welche Weise und in welchem Tempo die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und Infrastruktur vonstattengehen wird. Um die Verteilung der Krisen- und Modernisierungskosten kann also ein erheblicher Konflikt entstehen. In welcher Konstellation ab Herbst dieses Jahres auch immer regiert wird, die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Krisen- und Modernisierungskosten sehr ungleich verteilt werden. Eine ökologische Modernisierung könnte unter Ausnutzung der Impulse von Fridays-for-Future und der Grünen vor allem über Preise, Massensteuern und Gebühren bezahlt werden.

Für die Gewerkschaften und die politische Linke wird es darum gehen, in diesen Konflikten mit eigenen klaren Positionen möglichst sichtbar zu sein. Die Chancen dafür sind jedenfalls größer als in den liberal dominierten 2010er Jahren, wenn sie die Umbrüche bewältigen und eine verbindende Perspektive für die verschiedenen Beschäftigtengruppen und politisch Aktiven schaffen können.

## **Literatur**

- Althoff, Martin (2020): Der Nichtwähler: Ein noch immer „unbekanntes Wesen“. In: PVS.2020/1
- Behrens, Manfred/Jacoby, Wade (2017): Ungleiche Zwillinge: Gewerkschafter in der SPD. WSI-Mitteilungen. 2017/8
- Biskamp, Floris (2021): Rechtsruck, welcher Rechtsruck? Die Formierung eines radikal rechten Projektes in einer sich liberalisierenden Gesellschaft. In: Baum, Markus/Breidung, Julia Maria/Spetsmann-Kunkel, Martin (Hrsg.) (2021): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen. Opladen. Verlag Barbara Budrich.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. UVK Verlagsgesellschaft.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter\*innen und die radikale Rechte. Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Ehling, Janis (2020): (Linke) Parteien und ihr Klassenbezug 1998-2017. Veränderungen und Brüche im Generationenverlauf. In: Z Zeitschrift für Marxistische Erneuerung 2020/3.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für Internationale Politik 2017/2.
- Gagné, Jérémie/ Hilmer, Richard (2019): Wo genau ist Mitte-Links. Wert- und Policy-Profile sozialdemokratischer Parteien – aus der Sicht der nationalen Wahlbevölkerungen. Friedrich-Ebert-Stiftung. In: <http://library.fes.de/pdf->

files/id/ipa/15557.pdf (Letzter Zugriff: 1.8.2021)

- Häusermann, Silja/ Kitschelt, Herbert et al (2021): Die Transformation der Linken. Der Mythos vom Stimmenverlust an die radikale Rechte. Friedrich Ebert Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15557.pdf> (Letzter Zugriff: 1.8.2021)
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritärer Nationalradikalismus: Ein neuer politischer Erfolgstypus zwischen konservativem Rechtspopulismus und gewaltförmigem Rechtsextremismus. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von Rechts? Frankfurt am Main: 117-134
- Kahrs, Horst (2021): Die Landtagswahlen am 14. März 2021 zu den Landtagen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Wahlnachbericht und erster Kommentar. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Küpper, Beate (2016): Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Präferenzen. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). Berlin.
- Leisewitz, André/Reusch, Jürgen/Wiegel, Gerd/Zander, Michael (2019): „Pressure from without“ – Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008-2018. In: Z Zeitschrift für Marxistische Erneuerung 2019/1. Martin, Christian W. (2019): Electoral Participation and Right Wing Authoritarian Success – Evidence from the 2017 Federal Elections in Germany. In: PVS 2019/1.
- Piketty, Thomas (2019): Kapital und Ideologie, München.
- Reinecke, Stefan (2020): Ausblick auf das Wahljahr 2021: Schwarz-Grün kommt. In: taz online: <https://taz.de/Ausblick-auf-das-Wahljahr-2021/!5735727/> (Letzter Zugriff: 27.7.2021)
- Therborn, Göran (2021): Brahmins vs. Merchants? Inequality and world-political landscapes. In: New Left Review 129.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus. Bertelsmann Stiftung: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populaere-wahlen> (Letzter Zugriff: 27.7.2021)
- Watkins, Susan (2021): Paradigm Shifts. In: New Left Review 128.